



Sendungen des RIAS zum XX. Parteitag und zur III. Parteikonferenz

11. Mai 1956

Feindpropaganda des RIAS zum XX. Parteitag der KPdSU und zur III. Parteikonferenz der SED [Information Nr. M100/56]

Quelle

BStU, MfS, AS 89/59, Bl. 8–16 (6. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Ablage.

Die Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU¹ sowie der III. Parteikonferenz der SED² wurden durch den RIAS in starkem Maße kommentiert. RIAS nahm diese Beschlüsse zum Anlass, eine wüste Hetze insbesondere gegen die Sowjetunion und die DDR sowie gegen deren führende Funktionäre zu entfalten. Im Einzelnen befasste er sich damit, folgende Argumente zu verbreiten:

I. Hetze gegen die Sowjetunion

In zahlreichen Sendungen sprach man über Stellungnahmen des XX. Parteitages gegenüber dem Genossen Stalin. Es wurde von der »offiziellen Zertrümmerung der Stalinlegende« und dem »Begraben des Stalinismus« gesprochen. Dabei hetzte man besonders gegen die führenden Funktionäre der SU und betonte, dass die jetzigen Kritiker Stalins früher selbst den Persönlichkeitskult usw. mit betrieben hätten. So hetzte RIAS am 20.2.1956: »Die heute Kritik üben, waren alle dabei, als die Geschichte gefälscht wurde, als das Prinzip der kollektiven Leitung verletzt wurde.« In diesem Zusammenhang und vor allem anlässlich des Jahrestages der Gründung der Sowjetarmee wird mehrfach Trotzki³ erwähnt, seine Entwicklung in der SDAPR⁴ geschildert und er als »Gründer der Roten Armee« bezeichnet.⁵

Am 19.3.1956 hetzt RIAS in einer Sendung: »Die jetzt Stalin anklagen, klagen sich damit selbst an, denn sie sind mitschuldig. Die innere Unfreiheit der kommunistischen Parteien wird überzeugend bei der Auswertung des XX. Parteitages nachgewiesen.«

In einer Reihe weiterer Sendungen wird gehetzt: »Die Personen, die Stalin auf dem Parteitag verurteilt haben, sind Jahrzehnte hindurch treue Helfershelfer gewesen. Sie sind zweifellos entschlossen, so weiter zu regieren, wie Stalin es getan hat. Sie bevorzugen nur andere Methoden.« (RIAS am 20.3.1956) »Mit welchem Recht wollen die engsten Mitarbeiter Stalins, die heute seine Nachfolger sind, uns glauben machen, dass wir ihnen heute mehr trauen können, als in den vielen Jahren, in denen sie die furchtbaren Terrormaßnahmen Stalins durchführen halfen.« Auf diese Weise versucht RIAS das Ansehen der sowjetischen Staatsmänner zu schmälern.

In ebensolcher Weise versucht RIAS in seinen Sendungen auch das wachsende Prestige der Sowjetunion herabzumindern, indem er gegen die Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion hetzt und zu beweisen sucht, dass die Sowjetunion die »Weltherrschaft« anstrebe. In mehreren Sendungen hetzt RIAS dazu:

- »Koexistenz⁶ heißt also stillhalten, bis die freie Welt vom kommunistischen Bazillus zerfressen ist und den Moskauer Weltherrschaftspläne wehrlos zum Opfer fällt.« (RIAS am 15.2.1956)
- »Eine Abkehr von Stalin, die weder zu Änderungen in der Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion führt, vor allem in der Unterdrückung anderer Völker, wie gerade in der DDR, bedeutet noch recht wenig.« (RIAS 23.3.1956)
- »Die neue sowjetische Außenpolitik zielt offenbar darauf ab, genau die Ausgangspositionen zurückzugewinnen, die Stalin am Ende des letzten Krieges bereits in vollem Umfang besaß, ohne sie jedoch im Dienste des Weltkommunismus auszunutzen.« (RIAS 25.3.1956)
- »Die Sowjetunion wollte ein kalkuliertes Risiko eingehen: Sie wollten Stalin gerade so weit angreifen und so weit entthronen, als es für ihre Zwecke in der Innen- und Außenpolitik gut wäre. Unsere Hoffnung ist, dass diese kontrollierte Entthronung nicht gelingen wird.« (RIAS am 9.4.1956)
- »Es geht im Grunde heute gar nicht um den toten Stalin, sondern es geht um die Beseitigung der Stalinistischen Methoden. Es geht um die Freilassung von abgesetzten Funktionären und nicht zuletzt um die Sicherung der bescheidenen Bürgerrechte im volksdemokratischen Staat gegen Übergriffe des SSD.«⁷ (RIAS 21.3.1956)
- »Noch bemerkenswerter ist eine andere Abweichung Chruschtschows, dass nämlich das Proletariat die Macht nicht unbedingt durch Anwendung von Gewalt erobern muss, sondern dass die sozialistische Gesellschaft möglicherweise auch mithilfe des parlamentarischen Stimzettels, also durch freie Wahlen, aufgebaut werden konnte.«⁸ (RIAS 20.2.1956)

II. Hetze gegen die DDR

In ähnlicher Weise wie bei der Hetze gegen die Sowjetunion nimmt RIAS die Beschlüsse des XX. Parteitages sowie die nachdem veröffentlichten Stellungnahmen und die Beschlüsse der III. Parteikonferenz zum Anlass, gegen die führenden Funktionäre und die SED in der DDR zu hetzen. Diese Hetze läuft zum größten Teil darauf hinaus, eine Opposition zwischen Parteiführung und Mitgliedschaft sowie Partei und Massen zu schaffen und eine Änderung in der Partei zu fordern. Dabei wendet RIAS die gemeinsten Verleumdungen gegen führende Funktionäre an und verbreitet folgende Argumente in seinen Sendungen:

- »Walter Ulbricht hat eine Wendung von 180 Grad vollführt.« (RIAS 5.3.1956)
- »Was soll man jetzt studieren, wenn alles falsch ist?« (RIAS 7.3.1956)
- »Wo soll man sich über W. Ulbricht informieren, denn die deutsche Geschichte ist auch falsch dargestellt.« (RIAS 7.3.1956)
- »Die Parteitheoretiker müssen sich revidieren. Sie haben früher den unterwürfigsten Stalinkult betrieben.« Genannt werden Fred Oelßner⁹ Alexander Abusch.¹⁰ (RIAS 6.3.1956)
- »Wenn die Funktionäre der SED in der Zone sich auch nur Spuren von Selbstachtung bewahren und Reste eines Charakters aufbringen wollen dann muss es zu einer Vertrauenskrise in der Partei kommen, nachdem sich der Erste Sekretär derart verächtlich gemacht hat ... Die Funktionäre im Lande denken über diese Frage nach und wenn sie das Denken noch nicht ganz verlernt haben, dann müssen sie zu dem Ergebnis kommen, dass sie einer Partei angehören, in der es weder eine klare Linie noch eine menschlich qualifizierte Führung gibt. Ulbricht unbeschreiblich schlechtes Beispiel ist ein drastisches Mittel zu einer kommunistischen Entwöhnungskur.« (RIAS 7.3.1956)
- »Wann behandelt die SED die Rehabilitierung der zu Unrecht verurteilten Genossen?« (RIAS 7.3.1956)
- »Walter Ulbricht hat sich selbst über die Partei gestellt, Personenkult, Beweihräucherung und Entstellung der Parteigeschichte betrieben.« (RIAS 7.3.1956)
- »Das Angebot W. Ulbrichts an die Sozialdemokraten¹¹ ist nicht ehrlich, da der Terror gegen SPD-Mitglieder weiter besteht.« (RIAS 8.3.1956)
- »Was Zaisser¹² und Herrstadt¹³ 1953 forderten, war nur das, was jetzt Moskau verlangt: Kollektive Leitung.«¹⁴ (RIAS 9.3.1956)
- »Die Partei sammelt Material über Genossen, um diese dann zu liquidieren.« (RIAS 9.3.1956)
- »Die SED soll auch ehemalige Genossen rehabilitieren, z. B. Heinz Neumann,¹⁵ Hermann Remmele,¹⁶ Hugo Eberlein,¹⁷ Willi Münzenberg, Kurt Sauerland,¹⁹ Emil Klubsch,²⁰ Heinrich Süßkind²¹ u. a. Sie sind liquidiert worden, weil sie Stalin kritisierten.« (RIAS 14.3.1956)
- »Die KPD-Genossen haben den SPD-Genossen 1945 den Stalinkult aufgezwungen.« (RIAS 16.3.1956)
- »Die Sozialdemokraten sollen sich mit der SED verbinden, damit sie besser überrumpelt werden können.« (RIAS 19.3.1956)
- »Auf der III. Parteikonferenz soll über diese Probleme diskutiert werden, denn die Delegierten sind die wahren Herren.« (RIAS 16.3.1956)
- »Welche Schäden haben die Auswirkungen des Personenkultes in der DDR gebracht und wer ist daran schuld gewesen?« (RIAS 15.3.1956)
- »Ulbricht und das ZK haben die Opposition nicht rehabilitiert.« Nach der Darlegung von Forderungen der Plattform Zaisser – Herrstadt heisst es: »Es ist sicher, dass eine SED, deren Erster Sekretär nicht Ulbricht sondern Herrstadt heißen würde, eine kommunistische Partei geblieben wäre.« (RIAS 26.3.1956)
- »Es müsste ein Parteigericht einberufen werden, um den Fall Ulbricht zu untersuchen.« (RIAS 9.4.1956)
- »Der Todesstoß für die Solidarität der deutschen Arbeiter war die Vernichtung der SPD in der Zone und die willkürliche Schaffung der SED durch die sowjetische Besatzungsmacht.« (RIAS 5.4.1956)
- »Nun der 17. Juni liegt noch nicht solange zurück wie der Streit zwischen Marx und Lassalle²² und nirgends, nicht einmal in Parteikreisen, hat man 1953 die Forderung gehört, wir wollen Hilde Benjamin²³ oder wir wollen Sicherheit durch Ernst Wollweber.²⁴ Nicht Fechner²⁵ muss hieß es damals, sondern der Spitzbart²⁶ muss weg. Heute wird diese Forderung auch von überzeugten Kommunisten erhoben, nicht zu Unrecht, denn schließlich war es unter den deutschen Stalinisten in erster Linie W. Ulbricht, der dafür gesorgt hatte, dass da, wo das Volk seine Meinung sagen kann, die KPD an der 5 % Klausel scheitert.²⁷ Trotzdem beschließt das Politbüro weiter so.«

Während die Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU nur in geringem Maße vom RIAS als Anlass zur Hetze gegen die politische und wirtschaftliche Entwicklung der DDR genommen werden, sind es zu dieser Frage insbesondere die Ausführungen und Beschlüsse der III. Parteikonferenz der SED. Diese Beschlüsse werden vom RIAS in der Hetze gegen die politische und wirtschaftliche Entwicklung der DDR so ausgelegt, um zu beweisen, dass es keine Demokratie in der DDR gibt und zum anderen eine wirtschaftliche Weiterentwicklung mit sozialistischen Betrieben nicht möglich ist. Weiterhin hetzt RIAS dahingehend, dass in der DDR, ähnlich wie in einigen Volksrepubliken, Umbesetzungen in der Regierung erfolgen müssten. Zu diesen Fragen verbreitet RIAS folgende Argumente:

Politische Entwicklung

- »Ausführungen W. Ulbrichts über friedliche Entwicklung in der DDR sind falsch, denn nach 1946 wurde ein gewaltsamer Umsturz mithilfe der Besatzungsmacht und der Geheimpolizei durchgeführt.« (RIAS 5.3.1956)
- »Die Stalinsche Verfassung wurde der DDR durch W. Ulbricht aufgezwungen.« (RIAS 7.3.1956)
- »W. Ulbricht überträgt selbst die neue These vom friedlichen Weg des Sozialismus auf frühere Epochen, wenn er behauptet, dass in der DDR mithilfe von Parlamentsmehrheiten die Grundlagen des Imperialismus beseitigt wurden.« (RIAS 15.3.1956)
- »Die Parteikonferenz macht sich keine Gedanken um die Einheit Deutschlands. W. Ulbricht und O. Grotewohl brachten nur eine Wiederholung längst als untauglich bekannter Redensarten.« (RIAS 28.3.1956)
- »Warum zieht Grotewohl aus der Kritik nicht für sich selbst die Konsequenzen und nimmt für die unter der Regierung begangenen Terrormaßnahmen die Schuld auf sich und wählt den einzig möglichen Weg des Abtretens und der Selbstanzeige?« (RIAS 29.3.1956)
- »Dieser Vorschlag zeigt deutlich, dass das Wort Demokratie nach wie vor nur zur Tarnung der Diktatur der SED Verwendung findet.« (Vorsatz zur breiteren Entfaltung der Demokratie)²⁸ (RIAS 7.4.1956)
- »Die Gewöhnung an den Missbrauch der Begriffe (Demokratie), die Gewöhnung an den falschen Inhalt ist aber gefährlich, sie kann nämlich der erste Schritt zur Erlahmung des inneren Widerstandes sein.« (RIAS 11.4.1956)
- »Melsheimer,²⁹ der Generalstaatsanwalt, wird zwar seiner Praktiken wegen angegriffen, aber er denkt nicht an einen Rücktritt und die Partei denkt nicht an seinen Sturz.« (RIAS 25.4.1956)
- »Sie (die Kontrollausschüsse der Volksvertretungen) werden zu reinen Kontrollorganen der Exekutive, zu Schnüfflern und Antreibern in der LPG, im VEB, in der Konsumgenossenschaft, im Gemeindebüro und das alles unter der Überschrift: Hilfe und Anleitung.« (RIAS 27.4.1956)
- »Heute wird also nur das wiederholt, was bereits vor drei Jahren kritisiert und versprochen worden war. Es hat sich also in den drei Jahren nichts geändert und es ist nichts geschehen, um die rechtliche Haltung der Sowjetzone zu stärken. Und Melsheimer bleibt im Amt.« (RIAS 27.4.1956)

Wirtschaftliche Entwicklung

- »Das unverrückbare große wirtschaftspolitische Ziel der SED ist die Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft, d. h. also die völlige Vernichtung des Mittelstandes. Die Investitionen sollen auf mehr als das Doppelte vergrößert werden, der Verbrauch der Bevölkerung aber nur um 35 % steigen. Von der Leistung der Werktätigen soll der Investition mindestens dreimal so viel zugutekommen, wie der Bevölkerung. Das nennt die SED Sozialismus, der jeden Werktätigen angeblich mehr von dem Ertrage seiner Arbeit zugutekommen lässt als ein freies Wirtschaftssystem (RIAS 26.3.1956)
- »W. Ulbricht missachtet die Tatsache, dass es nur den selbstständigen Bauern in der Sowjetzone zu danken ist, wenn die Bevölkerung in den Städten überhaupt noch leidlich satt wird ... Wenn W. Ulbricht die gesamte landwirtschaftliche Produktion im 2. Fünfjahrplan³⁰ auf 112 % erhöhen will, dabei aber gleichzeitig seine stärksten Stützen, die selbstständigen Bauern, beseitigt, so wird statt einer Mehrproduktion im Jahr 1960 vielleicht noch weniger geerntet werden als heute.« (RIAS 27.3.1956)
- »W. Ulbricht ist gezwungen worden, etwas über Renten zu sagen, da die verbesserte Altersversorgung der Reichsbahn³¹ ähnliche Forderungen in anderen Industriezweigen auslöste.« (RIAS 27.3.1956)
- »Die Behauptungen über die Verbesserung der Lebensverhältnisse für die gesamte Bevölkerung und besonders für die Arbeiter sind falsch. Wertzahlen sind aufgebläht. Aufblähung aber heißt mit einem Fremdwort: Inflation.« (RIAS 31.3.1956)
- »Rentenerhöhungen gibt es nur in einzelnen Wirtschaftszweigen, die von besonderer Bedeutung oder durch die Abwanderung von Arbeitskräften nach Westdeutschland gefährdet sind.« (RIAS 31.3.1956)
- »Der Kommunismus wurde zu diesen Zugeständnissen durch die großen Erfolge der Arbeitsverkürzung der westlichen Welt geradezu gezwungen ... – Wenn eine Rentenerhöhung in Aussicht gestellt wird, dann ist auch diese Konzession durch die Reform der Rentenversicherung in der Bundesrepublik³² beeinflusst worden.« (RIAS 10.4.1956)

1

Der XX. Parteitag der KPdSU fand vom 14. bis 25.2.1956 in Moskau statt. Der Parteitag, auf dem Parteichef Chruschtschow in einer Geheimrede den Personenkult um Stalin kritisierte und Stalins Verbrechen enthüllte, leitete in der Sowjetunion den Prozess der Entstalinisierung ein.

2

Die III. Parteikonferenz der SED fand vom 24. bis 30.3.1956 in Berlin statt. Auf ihr wurde der XX. Parteitag der KPdSU ausgewertet.

3

Leo Trotzki, Jg. 1879, russischer kommunistischer Politiker und marxistischer Theoretiker. Trotzki vertrat eine von der Parteilinie der KPdSU abweichende marxistische Theorie, geriet in Konflikt mit Stalin und wurde von diesem 1927 entmachtet und 1929 ins Exil getrieben; 1940 wurde Trotzki im Auftrag Stalins im Exil in Mexiko ermordet.

4

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) war eine 1898 in Minsk gegründete politische Partei, die sich 1903 in Menschewiki

und Bolschewiki spaltete. Nach dem Ausschluss der Menschewiki im Jahr 1912 benannte sich die Partei 1918 in Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki) um, aus der wiederum die KPdSU (B) hervorging.

5

Die Rote Armee wurde durch einen Beschluss des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion am 28.1.1918 (gregorianischer Kalender) gegründet. An ihrem Aufbau war Trotzki maßgeblich beteiligt gewesen.

6

Der Begriff der »Koexistenz« bezieht sich hier auf Mikojans Rede auf dem XX. Parteitag, in der er auf die Erklärungen von Chruschtschow und Bulganin während ihrer Asienreise hingewiesen hatte, nach denen sie »gegen den Krieg sind, aber für den Wettbewerb der zwei sozialen Systeme, für den Kampf der beiden Ideologien im Rahmen der friedlichen Koexistenz eintreten«. Vgl. Den Leninismus konsequent in die Tat umsetzen! Aus der Rede des Genossen A. I. Mikojan. In: ND v. 19.2.1956, S. 3 f., hier 3.

7

Die Abkürzung »SSD« für Staatssicherheitsdienst war nur im Westen und in SED-fernen Personenkreisen gebräuchlich.

8

Chruschtschow sprach auf dem XX. Parteitag der KPdSU die Möglichkeit an, »auch den parlamentarischen Weg für den Übergang zum Sozialismus auszunutzen«. Vgl. Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag. Wortlaut des Referats von N. S. Chruschtschow. In: ND v. 17.2.1956, S. 3–12, hier 12.

9

Fred Oelßner, Jg. 1903, SED-Politiker, 1950–58 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, 1950–56 Chefredakteur der maßgeblichen theoretischen Zeitschrift der SED »Einheit«.

10

Alexander Abusch, Jg. 1902, SED-Politiker, 1954–58 Stellvertreter des Ministers bzw. Staatssekretär im Ministerium für Kultur.

11

Walter Ulbricht hatte sich in seinem Referat auf der III. Parteikonferenz der SED zu möglichen Formen der Zusammenarbeit mit der SPD geäußert und dabei u. a. gesagt: »Die SED ist im Interesse der deutschen Arbeiterklasse zur umfassendsten Zusammenarbeit mit der SPD im Kampf gegen die Remilitarisierung und Refaschisierung der Bundesrepublik, für Frieden, Demokratie und die Wiedervereinigung Deutschlands sowie auch zu Verhandlungen mit der SPD über diese Fragen zu einem beliebigen Zeitpunkt bereit.« Ulbricht, Walter: Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. I, Berlin 1956, S. 14–205, hier 23–26, Zitat S. 26.

12

Im Original: »Zaiser«. Wilhelm Zaiser, Jg. 1893, SED-Politiker, 1950–53 Minister für Staatssicherheit und Mitglied des Politbüros der SED. Zaiser wurde im Juli 1953 aus dem Politbüro und dem ZK der SED ausgeschlossen sowie als Minister abgesetzt, im Januar 1954 wurde er aus der SED ausgeschlossen.

13

Im Original durchgehend: »Hernstedt«. Rudolf Herrstadt, Jg. 1903, Journalist und SED-Politiker, 1949–53 Chefredakteur des »Neuen Deutschlands«, seit 1950 ZK-Mitglied und Kandidat des Politbüros, auf der 15. ZK-Tagung im Juli 1953 Ausschluss aus Politbüro und ZK, 1954 Ausschluss aus der SED, 1953–66 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Zentralarchiv Merseburg.

14

Zaiser und Herrstadt hatten – neben anderen Politbüromitgliedern – im Juni/Juli 1953 den autokratischen Führungsstil Ulbrichts kritisiert und wurden daraufhin auf der 15. ZK-Tagung am 26.7.1953 wegen Bildung einer »partei feindlichen Fraktion« aus Politbüro und ZK ausgeschlossen. – Der erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der Sowjetunion und Politbüro-Mitglied Mikojan hatte in seiner Rede auf dem XX. Parteitag u. a. gesagt: »Der Grundsatz der kollektiven Leitung ist ein elementares Gesetz für die proletarische Partei, für die Partei Leninschen Typs, und doch muss man diese alte Wahrheit unterstreichen, weil ungefähr 20 Jahre lang bei uns faktisch keine kollektive Leitung bestand, weil der Persönlichkeitskult blühte, der schon von Marx und später von Lenin verurteilt wurde: das musste sich natürlich negativ auf die Lage in der Partei und ihre Tätigkeit auswirken.« Vgl. Den Leninismus konsequent in die Tat umsetzen! Aus der Rede des Genossen A. I. Mikojan. In: ND v. 19.2.1956, S. 3 f., hier 3.

15

Heinz Neumann, Jg. 1902, kommunistischer Politiker und Journalist, 1929–32 Mitglied des ZK der KPD, 1930–32 Mitglied des Reichstags, nach Auseinandersetzungen mit Stalin und Ernst Thälmann 1932 von seinen Funktionen entbunden, 1933 Emigration in die Schweiz, 1935 Ausweisung in die Sowjetunion, 1937 während der Stalinschen Säuberungen zum Tode verurteilt und erschossen.

16

Im Original: »Remmle«. Hermann Remmele, Jg. 1880, kommunistischer Politiker, 1920–33 Mitglied des ZK der KPD und Mitglied des Reichstags, 1926–33 Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern, nach Auseinandersetzungen mit Stalin und Ernst Thälmann 1933 von seinen Funktionen entbunden, Emigration nach Moskau, während der Stalinschen Säuberungen 1937 verhaftet, 1939 zum Tode verurteilt und erschossen.

17

Hugo Eberlein, Jg. 1887, kommunistischer Politiker, 1918 Gründungsmitglied und bis 1929 führender Funktionär der KPD, anschließend Tätigkeit bei der Komintern, 1921–33 Abgeordneter des Preußischen Landtages, 1933 Emigration nach Frankreich und 1936 in die Sowjetunion, 1937 während der Stalinschen Säuberungen verhaftet, 1939 zu 15 Jahren Lagerhaft verurteilt und nach Workuta transportiert, 1941 erneute Verhaftung und Verurteilung zum Tode, im Oktober 1941 erschossen.

18

Im Original: »Willy Minzenberg«. Willi Münzenberg, Jg. 1889, kommunistischer Politiker, Verleger und Filmproduzent, 1927–33 Mitglied des ZK der KPD und 1924–33 Mitglied des Reichstags, 1933 Emigration nach Frankreich, nach Kritik an Prozessen in Moskau 1937 Ausschluss aus der KPD, 1940 Tod unter ungeklärten Umständen in Frankreich.

19

Kurt Sauerland, Jg. 1905, kommunistischer Politiker, Schriftsteller und Journalist, seit 1923 Tätigkeit in verschiedenen kommunistischen Organisationen, 1933 Emigration nach Frankreich, 1934 Ausreise in die Sowjetunion, 1937 während der Stalinschen Säuberungen verhaftet, 1938 zum Tode verurteilt und erschossen.

20

Emil Klubsch, Werkzeugmacher und Kommunist, nach Angaben von Ruth Fischer 1928 nach Gorki emigriert, 1937 als Anhänger des in den 1920er Jahren aus der KPD ausgeschlossenen Max Hoelz vom NKWD verhaftet und an die Gestapo ausgeliefert, von dieser ins KZ Sachsenhausen verbracht. Vgl. Fischer, Ruth: Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution. 2. Aufl., Frankfurt o. J. [1950], S. 738, Anm. 44.

21

Heinrich Süßkind, Jg. 1895, kommunistischer Politiker und Journalist, 1919–28 Tätigkeit bei verschiedenen kommunistischen Zeitungen, 1928 nach Auseinandersetzungen mit Ernst Thälmann von seinen Parteifunktionen entbunden, 1933 Emigration in die Tschechoslowakei und später die Sowjetunion, 1936 im Rahmen der Stalinschen Säuberungen verhaftet, 1937 zum Tode verurteilt und erschossen.

22

Gemeint ist der Streit, den Karl Marx und Ferdinand Lassalle 1858 über die Rolle Preußens auf dem Wege zur Herstellung des deutschen Nationalstaates austrugen. Marx kritisierte Lassalles Forderung nach preußischer Unterstützung Österreichs gegen die italienisch-französischen Truppen ebenso wie dessen spätere Annäherung an Bismarck, in dem Lassalle einen Partner in der Auseinandersetzung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mit den politischen Organisationen des liberalen Bürgertums gewinnen zu können glaubte. Ein solches Bündnis stellte im Selbstverständnis der SED eine Abweichung von der »revolutionäre[n] Perspektive« dar, die »Illusion, mit Hilfe des bestehenden Staates friedlich in den Sozialismus hineinwachsen zu können«. Vgl. Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin 1963, S. 52.

23

Hilde Benjamin, Jg. 1902, Juristin und SED-Politikerin, 1949–53 Vizepräsidentin des Obersten Gerichts der DDR und als solche Vorsitzende Richterin in zahlreichen politischen Schauprozessen, 1953–67 Justizministerin der DDR, 1954–89 Mitglied des ZK der SED.

24

Ernst Wollweber, Jg. 1898, SED-Politiker, 1953–57 Staatssekretär bzw. Minister für Staatssicherheit, 1954–58 Mitglied des ZK der SED und Abgeordneter der Volkskammer. Vgl. den Diskussionsbeitrag von Wollweber in: Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. II, Berlin 1956, S. 947–958.

25

Max Fechner, Jg. 1892, SED-Politiker, 1949–53 Justizminister der DDR. Fechner hatte kurz nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in einem Interview verkündet, dass »nur solche Personen bestraft« würden, »die sich eines schweren Verbrechens schuldig machten«. Dagegen dürften Angehörige der Streikleitung und »selbst Rädelsführer [...] nicht auf bloßen Verdacht oder schweren Verdacht hin bestraft werden«. (Alle Inhaftierten kommen vor ein ordentliches Gericht. Interview mit dem Minister der Justiz, Max Fechner, über die mit dem 17. Juni in Zusammenhang stehenden Verhaftungen. In: ND v. 30.6.1953). Aufgrund dieses Interviews veranlasste Ulbricht auf sowjetischem Druck am 15.7.1953 seine Verhaftung. 1955 wurde Fechner zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, im April 1956 begnadigt und aus der Haft entlassen.

26

Mit »Spitzbart« ist Walter Ulbricht gemeint.

27

Hier wird auf das Ergebnis der KPD bei der Bundestagswahl 1953 angespielt, bei der sie nur auf 2,2 % der Stimmen kam und damit an der Fünf-Prozent-Klausel scheiterte.

28

Auf der III. Parteikonferenz der SED wurde eine »Kommission für Maßnahmen zur breiteren Entfaltung der Demokratie in der Deutschen Demokratischen Republik« eingesetzt. Ihr gehörten an: Otto Grotewohl, Hermann Matern, Fritz Ebert, Willi Stoph, Alfred Neumann, Hans Warnke, Karl Maron, Ernst Wollweber, Hilde Benjamin, Anton Plenikowski, Ernst Melsheimer, Max Müller, Werner Manneberg, Rudi Jahn, Willi

Gebhardt, Günter Springer, Lydia Poser, Helmut Becker, Karl Adolphs, Paul Hentschel, Hans Jendretzky, Joseph Stadler, Wilhelm Bick, Fritz Sattler, Paul Horn, Erich Balzer, Hans Winter, Walter Weidauer, Reinhold Fleschhut, Georg Boock, Philipp Daub und Klaus Sorgenicht. Der Beschluss der Kommission ist abgedruckt in: Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. II, Berlin 1956, S. 1115–1124.

29

Im Original durchgehend: »Melzheimer«. Ernst Melsheimer, Jg. 1897, 1949–60 Generalstaatsanwalt der DDR, als Chefankläger am Obersten Gericht der DDR an zahlreichen politischen Schauprozessen beteiligt.

30

Der zweite Fünfjahrplan der DDR sollte den Zeitraum von 1956 bis 1960 umfassen. Der Entwurf wurde auf der III. Parteikonferenz der SED (24.–30.3.1956) beschlossen, das entsprechende Gesetz aber erst im Januar 1958 verabschiedet. Vgl. Steiner, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. München 2004, S. 85–94.

31

Mit Anordnung vom 7.1.1956 wurde die Eisenbahnversorgung eingeführt. Anspruch auf Altersversorgung hatte, wer am 1.1.1956 oder danach bei der Deutschen Reichsbahn (DR) beschäftigt war, die Altersgrenze erreicht hatte und eine Wartezeit von 15 Jahren sowie eine ununterbrochene Beschäftigungszeit bei der DR von zehn Jahren vorweisen konnte. Siehe Anordnung über die Einführung einer Altersversorgung für Eisenbahner. In: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Verkehrswesen. Teil Deutsche Reichsbahn, Jg. 1956, Nr. 11, S. 41–43.

32

Eine große Rentenreform (Einführung der »dynamischen Rente«) beschloss der Bundestag erst im Januar 1957. Bereits 1953 hatte Bundeskanzler Adenauer jedoch in seiner Regierungserklärung eine umfassende Sozialreform angekündigt und seit Mitte 1955 wurde eine grundlegende Reform der Rentenversicherung in der Bundesrepublik intensiv diskutiert. Vgl. Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957. Stuttgart 1994, S. 327–336.